



Wahl-Special

# So stehen die Parteien zur Bau- und Energiepolitik

Die Ampel ist Geschichte, am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Danach wird eine neue Regierung das Land führen. Höchste Zeit also, zu schauen, welche energiepolitischen Positionen die Parteien haben.

*von Oliver Mertens*



Foto: Jens Neumann auf Pixabay

Man merkt, dass bald neu gewählt wird. Kaum in Kraft, ist die umstrittene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) schon wieder schwer in der Diskussion. Außer den Grünen scheint niemand mit dem GEG glücklich zu sein. Im Wahlkampf fordern Union, FDP, Linke und AFD die Rückabwicklung des Gesetzes. Die scheidende Bauministerin Klara Geywitz (SPD) und weite Teile ihrer Partei sehen dringenden Änderungsbedarf. Diejenigen, die mit den gesetzlichen Regelungen leben und arbeiten müssen, also Energieberater, Industrie und Hand-

werk sowie Vertreter von Städten und Gemeinden, warnen davor, das GEG wieder rückgängig zu machen. In der Augsburger Allgemeinen sagte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Jörg Dittrich: „Radikale Schritte oder deren öffentliche Ankündigung führen nur zu einer neuen Verunsicherung und sind daher unbedingt zu vermeiden.“ Auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy, mahnte Planungssicherheit für Behörden, Stadtwerke und Hauseigentümer an. Dem Re-

daktionsnetzwerk Deutschland (RND) gegenüber sagte er: „Ein Gesetz an der einen oder anderen Stelle nachzubessern ist normal, aber eine 180-Grad-Kehrtwende würde großes Durcheinander schaffen.“ Die Anfänge des Heizungsgesetzes seien kommunikativ schlecht gewesen, aber inzwischen habe sich viel getan, und man sei längst in der Phase der Wärmeplanung. „Das lässt sich nicht einfach rückabwickeln.“ Auch Jutta Gurkmann vom Verbraucherzentrale Bundesverband forderte vor allem Planungssicherheit. „Vom Wahlkampf getriebene Debatten sind da kontraproduktiv“, sagte sie dem RND. Die Diskussion rund um das Zustandekommen der Gesetzesnovelle habe bereits zu Unsicherheit unter Verbrauchern geführt. „Das darf sich nicht wiederholen.“ Handwerkspräsident Dittrich forderte dennoch Verbesserungen beim sogenannten Gebäudeenergiegesetz. „Es braucht eine GEG-Novelle mit dem Ziel, das Heizungsgesetz einfacher zu machen und technologieoffen zu gestalten“, sagte der Verbandschef. „Ziel aller politischen Maßnahmen muss es sein, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.“ Der GIH fordert, dass Förderungen und Gesetze planbar gestaltet werden. Der GIH-Vorsitzende Stefan Bolln sagt: „Eigentümerinnen und Eigentümer müssen sich auf die Rahmenbedingungen verlassen können. Außerdem müssen Förderprozesse vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden!“

### Die energiepolitischen Positionen Parteien

Die folgenden Positionen der Parteien beruhen auf einer Sichtung der Wahlprogramme und Statements der wohnungsbaupolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Bundestags-Fraktionen, sofern sie uns geantwortet haben. Um einen möglichst vollständigen Überblick zu geben, habe ich mich entschieden, die Positionen aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie des BSW als Ausgründung aus der Linken, neutral darzustellen und nicht zu bewerten. So kann sich jeder Leser selbst ein Bild von den energiepolitischen Standpunkten machen, für die jede Partei steht.



Die CDU/CSU will die **Stromsteuer und Netzentgelte senken**. Netze, Speicher und Erneuerbare sollen mit **Fokus auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit** ausgebaut werden. Gleichzeitig wollen die Christsozialen die **Option Kernenergie erhalten**, die **Reaktivierung stillgelegter Kraftwerke überprüfen** und die Forschung an neuen Technologien vorantreiben. Das GEG soll **abgeschafft** und stattdessen **technologieoffene Wärmelösungen gefördert** werden. Den **Emissionshandel** will die Union als **zentrales Instrument** zum effizienten Klimaschutz einsetzen.

Die Union hat Zweifel am **Kohleausstieg 2030**, insbesondere aus Gründen der Energiesicherheit. Kohlekraftwerke sollen **nicht endgültig abgeschaltet** werden, bevor Ersatz durch neue Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen existiert.

Bei der **Kernenergie** ist die Union offen für Reaktoren der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors (SMR), und Kernfusion.

Die CDU will die Heizungsregelungen im **GEG abschaffen**. Die Menschen sollten selbst entscheiden, welche Heizungsart für sie passt. **Gefördert** werden sollen **„technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen“**, darunter auch Holzheizungen. Klimaschutzende Energieträger wie grüner Wasserstoff sollen durch Quoten gefördert werden. Sogenannte Pioniermärkte sollen als Mechanismus dienen. Dabei soll die Qualität der Anbieter den Markt bestimmen, nicht staatliche Förderungen. Beispiele dafür sind **Quoten für „Grün-Heizöl“ und klimaschonendes Gas**. **Energetische Sanierungen** sollen von der **Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig** gemacht werden.

Die Baukosten will die Union senken mit einem **Moratorium der Energiestandards** und dem vereinfachten Gebäudetyp „E“. Neubauten sollen auf dem EH-55-Standard belassen werden.

Die Stromsteuer soll dauerhaft auf das EU-Mindestmaß sinken und die Netzentgelte reduzieren. Dazu soll die **Abgabenlast auf den Strompreis um mindestens 5 Cent pro Kilowattstunde gesenkt** werden.

Die Union will eine **Dekarbonisierung ohne zusätzliche staatliche Mittel** erreichen. An der **Schuldenbremse** im Grundgesetz soll unbedingt festgehalten werden. Einsparungen in Höhe von 50 Milliarden Euro sollen durch die **Reduktion von Bürgergeldkosten** erreicht werden.



Die Grünen wollen die Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren, um bis 2045 Klimaneutralität in Deutschland erreichen. Sie setzen auf den European Green Deal und die Umsetzung des „Fit for 55“-Pakets der EU.

„Die Priorität liegt für uns Grüne auf der Sanierung und Aktivierung unseres Gebäudebestands. Da wo Wohnraum besonders dringend benötigt wird, fördern wir bezahlbaren und barrierearmen Neubau“, sagt Christina-Johanne Schröder, Sprecherin für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen der Grünen Bundestagsfraktion. **Finanziert** werden solle das **über eine Reform der Schuldenbremse**, damit Investitionen in unseren Bestand nachgeholt werden könnten. „Um Schulen und Kitas zu sanieren, wollen wir auch **Milliardäre besteuern**.“

Schröder will „kleinere Sanierungsmaßnahmen besser fördern und die Unter-

stützung stärker auf kleine und mittlere Einkommen ausrichten. Die **Maßnahmen mit dem größten Effizienzsprung** sollen die **größte Förderung** erhalten – nicht teure Höchststandards, die sich nur Haushalte mit hohem Einkommen leisten können. Leider profitieren aktuell **Mieterinnen und Mieter** nicht vom **Speed-Bonus**. Wir wollen, dass auch Bestandhalter auf den Bonus zugreifen können – wie ursprünglich geplant. Es ist ein wichtiger Schritt für wärmietenneutrale Sanierungen.“

Um den Klimaschutz sozialverträglich zu gestalten, setzen die Grünen auf ein **„Klimageld“**, das aus den Einnahmen des Emissionshandels finanziert werden soll. **Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen** sollen damit einen Großteil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung (Gebäudewärme, Transport) zurück erhalten. Die Einführung des Klimagelds soll „so schnell wie möglich“ in der nächsten Legislaturperiode erfolgen. **Förderpro-**

**gramme** für klimafreundliche Alternativen sollen **ausgebaut** werden. Weil der Klimaschutz eine Generationenaufgabe ist, sei eine **Finanzierung teilweise über Kreditaufnahme** akzeptabel.

**Gefördert** werden sollen **klimafreundliches Heizen und Wärmenetze**. Bei der **Gebäudesanierung** sollen zusätzlich **steuerliche Anreize** unterstützen.

Das **GEG** soll in seiner jetzigen Form **bleiben** und damit Planungssicherheit durch **Verstetigung der Förderpolitik** geben. **Wärmenetze** sehen die Grünen als **Schlüssel der Wärmeversorgung**. Allerdings brauche es eine Preisaufsicht für Fernwärme.

Die **Taxonomiekonformität** sanierter Gebäude soll **einfacher anerkannt** und Finanzierungshürden aus dem Weg geschafft werden. **Modulares und serielles Bauen** sowie der **Bürokratieabbau** sollen die Baukosten senken.



Die SPD will „Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Modernisierung miteinander verbinden“, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung sozialer Entlastungen und Investitionen in zukunftsfähige Technologien. Das Ziel ist „ein klimaneutrales, gerechtes und wirtschaftlich starkes Deutschland bis 2045“.

Der Fokus liegt auf **kommunalen Wärmeplanungen**, das Ziel sind **klimaneutrale Wärmenetze**. Die Netzentgelte sollen bei 3 Cent/kWh **gedeckelt** werden, um Energiekosten zu senken und Planungssicherheit für Industrie und Haushalte zu schaffen.

Mehr Industriebetriebe als bisher sollen von reduzierten Netzentgelten profitieren. Die **Strompreiskompensation** soll auf weitere energieintensive Branchen, wie Glasverarbeitung, Chemie und Batteriezellenproduktion, **erweitert** werden. Die **Stromsteuer** soll für produzierendes Gewerbe dauerhaft auf EU-Mindestniveau (5 Cent/kWh) gesenkt werden.

Finanziert werden sollen die energiepolitischen Maßnahmen mit zwei Säulen: Ein 100 Milliarden Euro schwerer „**Deutschlandfonds**“ soll Investitionen in Strom-

und Wärmenetze, Wasserstoffinfrastruktur und den Wohnungsbau ermöglichen. Und wie die Grünen setzt die SPD auf eine **Lockerung der Schuldenbremse** zur Finanzierung weiterer Investitionen.

Die Regelungen für Heizungen im GEG sollen in weiten Teilen beibehalten werden. Wie die Grünen will die SPD eine **soziale Abfederung der CO<sub>2</sub>-Kosten** in Form eines „**Klimagelds**“.

Bernhard Daldrup, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sieht die Lage am Wohnungsbau nicht schwarz. „Trotzdem müssen wir kräftige Impulse geben, damit der Wohnungsbau wieder auf die Beine und ins Laufen kommt. Deshalb müssen wir erstens eine deutliche Vereinfachung des Baurechts und einen kräftigen Abbau der Bürokratie jetzt umsetzen.“ Zweitens brauche es einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und des bezahlbaren Wohnens. Drittens brauche man [...] vor allem Neubau und dafür den bezahlbaren Boden.

„Das Bauministerium sollte unbedingt im Kern bestehen bleiben und am besten um die Zuständigkeit für die Förderung erweitert werden. Die ist dort allemal besser

untergebracht als im Wirtschafts- und Klimaministerium“, ist Daldrup sicher. Das Klimaziel – der KfW 55-Standard – sei längst Baustandard gewesen und habe mehr Mitnahmeeffekte als Klimarelevanz. Man müsse vermutlich die Zahl der Förderprogramme reduzieren, ihre Beantragung erleichtern, die Höhe erweitern und vor allem müssten sie mehrjährig stabil bleiben, damit sich Antragsteller darauf einstellen könnten.

Das Gebäudeenergiegesetz habe es bereits vor Robert Habeck als Klimaminister gegeben, es sei aber handwerklich denkbar schlecht von seinem Haus umgesetzt worden. Nach dem Beschluss, zunächst die kommunale Wärmeplanung auf den Weg zu bringen, sei das GEG deutlich verbessert worden und zu Unrecht in der Schmutzdecke. Dennoch müsse es auf den Prüfstand. Daldrup: „Es geht darum, dass die Gebäude so zu verbessern, dass wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren, nicht nur auf die einzelne Technik blicken, sondern den Lebenszyklus von der Produktion bis zur Entsorgung betrachten.“ Deshalb müsse das GEG im Konzept der kommunalen Wärmeplanung betrachtet werden.



Das Programm der FDP legt großen Wert auf **marktwirtschaftliche Lösungen, Technologieoffenheit und Effizienz**, um Klimaziele kosteneffektiv zu erreichen. Die FDP lehnt starre Regulierungen und Technologievorgaben ab und setzt auf **Innovation und Wettbewerb**.

Die Liberalen wollen **Klimaschutz durch Innovation** und Marktwirtschaft erreichen. Als Eckpfeiler dafür nennt sie Technologieoffenheit und Wettbewerb. Der Fokus für den Klimaschutz liegt auf dem **EU-Emissionshandel** als **zentrales Instrument. Nationale Sonderziele** und Regulierungen will die Partei ersatzlos **streichen**.

Die Liberalen setzen auf **degressive Abschreibung** und **steuerliche Erleichterungen** für energetische Sanierungen.

Sie setzen auf die vollständige Überführung erneuerbarer Energien in den Markt. EEG-Subventionen für neue Anlagen soll es nicht geben.

Die Partei will die **Heizungsregelungen** im GEG **rückabwickeln** und die **Energiebesteuerung senken**. Statt eines Anschlusszwangs an Fernwärmenetze plädieren die Liberalen für Wahlfreiheit der Eigentümer.

Im **CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel** sehen die Liberalen den zentralen Ansatz zum Erreichen der Klimaziele. Die Einnahmen des Emissionshandels sollen vorrangig für die Absenkung der Stromsteuer und Netzentgelte genutzt werden. Klimaschonende Energieträger wie grüner

Wasserstoff sollen gefördert werden. Die Sanierungsgrenzen im Bestand sollen insgesamt gelockert werden, **energetische Standards** im Neubau auf ein sinnvolles Mindestmaß **reduziert** werden.

Außerdem wollen die Liberalen einen **Bürokratieabbau** im Baurecht und die **Reduktion von Bauauflagen** auf sinnvolle Mindeststandards beschränken. Diese Maßnahmen sollen die Baukosten senken.

Auch die **Stromsteuer** soll auf das EU-Mindestmaß gesenkt und langfristig **abgeschafft** werden. Perspektivisch soll der **CO<sub>2</sub>-Preis die Strom- und Energiesteuer ersetzen**.

Die Linke

Die Linke setzt auf eine „**sozial gerechte Energiewende**“ mit dem Ziel, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen, durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Demokratisierung der Energieversorgung und sozial gestaffelte Preise. Sie **kritisiert** marktorientierte Ansätze wie den **CO<sub>2</sub>-Preis** und fordert stattdessen **öffentliche Investitionen** und **günstige Grundtarife**. Ein **soziales „Klimageld“** soll die CO<sub>2</sub>-Preise ausgleichen. Die **Energieversorgung** soll **verstaatlicht** oder in **Genossenschaften** überführt werden. Damit soll die Kontrolle der Energieinfrastruktur gestärkt und lokale Beteiligung gefördert werden.

Die Linken wollen den **Strommarkt reformieren**, das **Merit-Order-Prinzip abschaffen** und **Energiepreise sozial staffeln**, um die Belastung einkommensschwacher Haushalte zu reduzieren. Gebäude müssten saniert, Heizungen umgestellt werden. Das dürfe nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter und Eigenheimbesitzer mit niedrigen und mittleren Einkom-

men führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Weil Mieter ihre Heizungen nicht wechseln können, **lehnt** die Linke **CO<sub>2</sub>-Preise im Wärmebereich ab**.

Im Programm heißt es: „Das **Heizungsgesetz** der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen ignoriert hat. Es ist **unsozial** und **torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor**.“ **Kein Normalverdiener** dürfe durch Klimaschutz finanziell **mehrbelastet werden**. Es brauche flächendeckende **Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten** für alle zu sanierungsbedürftigen Häuser. Man setzt auf eine **kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung** der Bürger, Mieter und Umweltverbände.

**Gemeinnützige Wohnungsunternehmen** müssen durch Förderprogramme **gestärkt** und gegenüber renditeorientierten Investoren und Wohnungskonzernen bevorzugt werden. Die Linke setzt auf eine **Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch** in Höhe von **25 Milliarden Euro pro Jahr**.

Der **Klima- und Transformationsfonds** zur Förderung neuer Batterietechnologien, Energiespeicher und klimafreundlicher Technologien soll **ausgebaut** werden.

Die **Förderung energetischer Maßnahmen** soll **einkommensabhängig** erfolgen, mit bis zu 100 Prozent Kostenübernahme für Menschen mit niedrigem Einkommen und einer gestaffelten Förderung für mittlere Einkommen. Für Spitzenverdiener (ab 250.000 Euro) soll es keine Förderung geben.

Die Linke **lehnt** den **Emissionshandel** für Wärme und Verkehr genauso **ab**, wie die CCS (Carbon Capture and Storage) und **dauerhafte Gasinfrastrukturen**. **Netzentgelte** sollen stabilisiert und auf **3 Cent pro Kilowattstunde** gedeckelt werden. Die Stromsteuer soll auf das EU-Mindestniveau gesenkt und soziale Preistaffelungen eingeführt werden.

Die Linke will sozial **gestaffelte Energiepreise** mit günstigen Sockeltarifen einführen, **finanziert durch einen Energie-Soli für Wohlhabende**.



Foto: Pixabay

Bündnis  
Sahra  
Wagenknecht

Auch das **BSW** setzt auf **Versorgungssicherheit** und **Bezahlbarkeit**: Dafür müsse eine **stabile** und bezahlbare **Energieversorgung** durch technologieoffene Ansätze und **langfristige Energiepartnerschaften**, auch **mit Russland**, sichergestellt werden. Verbote wie in den **Heizungsregelungen** des GEG und der **Emissionshandel** werden **abgelehnt**. Stattdessen sollen neue Technologien gefördert werden.

Verbraucher und Unternehmen müssten **vor hohen Energiekosten geschützt** und eine **wirtschaftsfreundliche Klimapolitik** gefördert werden. Das BSW stehe für eine pragmatische Klimapolitik. Man lehne Ideologischen Verbote und einseitige Maßnahmen ab und setze stattdessen auf die **Förderung kosteneffizienter Technologien** und einen **breiten Energiemix** für nachhaltige Lösungen.

Das Bündnis will „bezahlbare und praxistaugliche Lösungen“ in der Wärmeversor-

gung. Die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung solle weitergeführt werden.

Der **CO<sub>2</sub>-Preis** soll **abgeschafft**, technologischer Wandel durch die Förderung von Innovation und gezielte Anreize ermöglicht werden. Mit dem Fokus auf Technologieoffenheit will das BSW den **Ausbau der Geothermie** sowie **Abwärme aus Industrie, Verbrennungsanlagen und Rechenzentren** nutzen.

Für Sanierung und Neubau will die Partei auch Mischtechnologien fördern, nicht nur zu 100 Prozent erneuerbare Energien. Um den Strompreis zu senken, solle die **Finanzierung der Energienetze mit öffentlichen Mitteln** erfolgen. **Netzentgelte** müssten „auf ein Minimum“ reduziert werden.



Die **AFD** will den „Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wieder herstellen“. Dafür setzt sie auf eine **Verlängerung** der Laufzeiten von **Kohlekraftwerken**, den **Wiedereinstieg** in die Nutzung der **Kernenergie**, Reparatur und **Wiederinbetriebnahme** der **Nord Stream-Pipelines** für Gas aus Russland, die „**Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen**“, die **Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe**, die Reduzierung der Energiesteuer, einen **Ausbaustopp für Windkraftanlagen** und eine Senkung der Stromsteuer auf Minimum.

Der baupolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marc Bernhard, sieht die Lage am Bau so: „Es wird nicht gebaut, weil es schlicht zu teuer ist neuen Wohnraum zu schaffen. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Abschaffung von utopischen energetischen Bauvorschriften und die Senkung aller Energiesteuern. Zudem muss Habecks **toxisches Heizungsgesetz (GEG) rückgängig** gemacht werden, denn die damit einhergehende Enteignung von Kleinvermietern führt zur Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum.“

Die AfD-Fraktion wolle privaten Bauherren und Investoren einen Rahmen geben, damit sich das Bauen wieder lohne. „Die **Förderinstrumente der KfW** sind zu **entideologisieren**, damit Bauherren ihre Wohnflächen auch künftig selbst bestimmen, eine vernünftige Dämmung vorsehen können und auch die freie Wahl bei Heizungssystemen haben.“

Das Wohngeld müsse einem breiteren Empfängerkreis zur Verfügung stehen. Der Bedarf an weiterem sozialen Wohnungsbau müsse auf einer validen Bedarfsanalyse fußen. „**Politisch bedingte Mietraumverknappungen**“, so Bernhard, „sind zurückzunehmen, indem insbesondere ein **sofortiger Stopp unregelmäßiger Migration** und eine **Remigration zur Begrenzung der Nachfrage** umgesetzt werden.“

Weiterhin sei die **Grundsteuer abzuschaffen**, ebenso die **Grunderwerbsteuer bei Erwerb oder Bau** von Wohnungen **für eigene Wohnzwecke**. Die Eigentumbildung solle begünstigt werden: **Jeder Steuerzahler müsse einmalig zehn Jahre lang alle Bau-, Kauf- und Finanzierungskosten für selbstgenutztes Wohnei-**

**gentum** bis zu einer Höchstgrenze von 200.000 Euro steuerlich **absetzen** können.

Zum GEG äußerte sich Bernhard so: „Wir fordern die **Abschaffung des Heizungsgesetzes**, dazu haben wir im ersten Schritt einen Antrag im Bundestag eingebracht, der die Aufhebung der letzten Novellierung fordert. In einem weiteren Antrag fordern wir, dass die **Wärmewende gestoppt** wird.“ In diesem Antrag werde nachgewiesen, dass die Energiestandards **EH55** und besonders **EH40 weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll** seien. **GEG und BEG** seien eine **Vernichtung von Volksvermögen**. „Ob der Dämmwahnsinn in nennenswertem Umfang CO<sub>2</sub> einspart, ist mehr als fraglich, wie in dem Antrag erläutert wird. Dem entsprechend ist auch das **BEG überflüssig**. Wir brauchen eine **Wohnbauförderung frei von Klimaideologie**.“

Die AfD will „Ideologiegetriebene Kosten, wie EEG-Umlage, CO<sub>2</sub>-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG), abschaffen“. Subventionen für Wärmepumpen sollen gestrichen, konventionelle Energien gefördert werden.

## Energieberatendenverband GIH

### Positionen zur Bundestagswahl

Die Energiewende stockt, die Sanierungsquote dümpelt vor sich hin und die Bauwirtschaft sowie die Hersteller einschlägiger Produkte geraten zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nachdem die Förderung von Energieberatungen drastisch gekürzt wurde, ist auch hier die Nachfrage rückläufig – weshalb die Beratungsbranche unzufrieden ist, und Gebäudebesitzende verunsichert sind. Um diese für alle Beteiligten unbefriedigende Situation zu verbessern, muss sich einiges ändern. Weshalb der GIH die anstehende Bundestagswahl als große Chance sieht, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, die für alle Beteiligten zufriedenstellend sind.

1. Förderprozesse müssen vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden.

2. Förderungen und Gesetze müssen planbar gestaltet werden, sodass sich Eigentümerinnen und Eigentümer auf die Rahmenbedingungen verlassen können.

3. Energieberatungen nehmen bei der Energiewende eine Schlüsselrolle ein. Sie müssen wieder gestärkt werden und sollten ausschließlich durch anerkannte Energieeffizienz-Experten persönlich und vor Ort stattfinden.

4. Als Hauptanforderung an Energiebilanzen sollten Gebäude über den gesamten Lebenszyklus betrachtet werden. Ein Mix aus Anforderungen an die Gebäudehülle sowie CO<sub>2</sub>-Einsparung und Primärenergiebedarf liefert detaillierte Angaben zur tatsächlichen Energieeffizienz.

5. Im Falle von Eigentumsübertragungen müssen alle Beteiligten über den

energetischen Zustand des Gebäudes informiert sein, damit die ganzheitliche Sanierung wieder verstärkt in den Fokus genommen wird.

6. Bei schlecht sanierten Gebäuden muss die Verbesserung der Gebäudehülle stärker gefördert werden – hier sind die Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale am höchsten.

7. Bei großräumigen Quartierssanierungs- und Wärmeplanungskonzepten müssen Energieeffizienz-Experten eingebunden werden, da sie das Know-how mitbringen, Energiebilanzen für diese zu erstellen und nur so die Energieeffizienz gewährleistet werden kann.

8. Um die Qualität von Beratungen sicherzustellen, benötigt die Energieberatung ein geschütztes Berufsbild.